

Protokoll der Beratung vom 06.10.2011

Anwesenheit:

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Frau Richter DIE LINKE	Frau Herrmann CDU, FLC	Herr Weiße G III
2.	Herr Engler SPD/Grüne	Fr. Breitschuh-Wiehe SPD/Grüne	Herr Bartels FB 51
3.	Herr Weisflog SPD/Grüne	Herr Picl DIE LINKE	Herr Warchold FBL 41
4.	Herr Kettlitz SPD/Grüne		Herr Seifert Schulleiter OSZ
5.	Herr Eicke DIE LINKE		Frau Meyer Parität. WFV
6.	Herr Dr. Schemel DIE LINKE		Intendanz Staatstheater:
7.	Herr Schulz AUB		Herr Schüler Intendant
8.	Herr Dr. Schmidt CDU, FLC		Herr Dr. Serge Mund
			Geschäftsführender Direktor
9.	Frau Gerth CDU, FLC		
10.	Frau Luttert FDP		

I Öffentlicher Teil

1. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Richter, die stellvertretend für Herrn Neubert, die heutige Ausschusssitzung leitet, begrüßt alle Anwesenden. Sie dankt insbesondere Herrn Schüler und Herrn Dr. Serge Mund für die Durchführung der heutigen Ausschusssitzung in Probebühne der Kammerbühne.

*Das **Protokoll der Ausschusssitzung vom 08.09.2011** wird mehrheitlich bestätigt.*

Abst.: 7:0:3

*Das **Protokoll der außerordentlichen Ausschusssitzung vom 28.09.2011** wird mehrheitlich bestätigt. Abst.: 9:0:1*

*Die **Tagesordnung** wird mit einer Ergänzung unter TOP4 – Vorschlag durch Herrn Schulz, AUB, in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.*

Abst.10:0:0

2. Berichte und Informationen

2.1. Bericht des Intendanten und Vorstandsvorsitzenden der Brandenburgischen Kulturstiftung

Herr Schüler berichtet über die vergangene Spielsaison 2010/11: eine der turbulentesten Spielzeiten mit hohem künstlerischem Niveau und politischen Turbulenzen, die viel Diskussionen ausgelöst haben. Die Entscheidung dazu bleibt dem Stiftungsrat in seiner nächsten Sitzung (verschoben auf Februar) vorbehalten.

Spielplanpräsentation 2010/11: 5.900 Besucher, in diesem Jahr waren es 8.000

- 2012 findet die Spielplanpräsentation am 26. August mit RBB-Fernsehen als Theater-Cottbus-Tag statt.

- Im Fokus des vergangenen Jahres stand das „Schauspiel“, in diesem Jahr „Familie“.

Verschiedene Kooperationen wurden und werden fortgeführt:

- Ballettinszenierung und Oper in Zusammenarbeit mit der Hochschule Lausitz und der BTU. Zwischen dem Staatstheater und der BTU wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen;
- Das Staatstheater wurde mit dem Konzertpreis der deutschen Musikerverleger in Deutschland ausgezeichnet.
- Die Sinfoniekonzerte werden (je eine Uraufführung) stattfinden und auf CD als Dokumentation herausgegeben.
- Bei den Brandenburgischen Sommerkonzerten hat das Orchester in Königswusterhausen mitgewirkt.
- Serenade in Branitz der Singakademie und des Balletts in Zusammenarbeit mit dem Diesellochwerk
- Vertiefung und Pflege des künstlerischen Austausches mit Zielona Gora, Ballettinszenierung am 16.10.10 verlief erfolgreich. Am 23.03.11 war das Schauspielensemble Lubuski zu Gast im Großen Haus. Dies erfolgte im Zusammenwirken mit dem Niedersorbischen Gymnasium. Die Austausche werden fortgesetzt.

Herr Dr. Serge Mund

Seit der Gründung der Stiftung bis 2013 stellt sich die finanzielle Situation aufgrund der gekürzten finanziellen Zuwendungen durch Land und Stadt als schwierig dar. Begründet wird dies durch die Zuschusskürzung (s. StVV-Beschluss). Die Intendanz bleibt optimistisch und hat ein Konzept bis 2015 entwickelt, welches mit den Gremien Stadt und Ministerium abzustimmen ist. Ziel ist es, mit den vorhandenen finanziellen Zuwendungen, die Struktur des Mehrspartentheaters zu erhalten und zudem den Versuch zu starten, Mehreinnahmen zu erzielen. Aufgrund der Bereitschaft des Personals im künstlerischen und nicht-künstlerischen Bereich durch Verzicht auf Zahlung des Tariflohns werden Möglichkeiten gesehen, die Strukturen zu erhalten und künstlerische Verluste zu verhindern. Hinsichtlich der Einnahmenentwicklung bleibt die Abwägung zwischen Qualität und Quantität.

Herr Kettlitz bewertet die Vorgehensweise mit der Debatte zu den Preisen als positiv und bittet um einige Aussagen zur Entwicklung der Besucherzahlen und –preisen der vergangenen Spielzeit gegenüber der laufenden. Bezüglich der Einnahmeerhöhung sieht er Möglichkeiten, beispielsweise eine Preiserhöhung im oberen Bereich, z. B. bei den Logenplätzen. Dies ist jedoch im Stiftungsrat zur Diskussion zu stellen.

Festlegung:

Der Ausschuss bittet in der Sitzung März um Information über die Entwicklungen der Brandenburgischen Kulturstiftung, insbesondere die Entwicklung des Kunstmuseums Diesellochwerk nach dem Personalwechsel.

2.2. Sicherung der Freiwilligenagentur 2012

Frau Meyer stellt die Freiwilligenagentur (FWA) – Service- und Beratungsstelle Bürgerschaftliches Engagement mit ihren Aufgaben, Kerngeschäften, Projekten, Events und Kooperationspartnern vor. In der FWA, deren 10jähriges Jubiläum in der vergangenen Woche begangen wurde, engagieren sich mehr als 700 Bürgerinnen und Bürger der Stadt ehrenamtlich.

Frau Meyer bedankt sich bei der Intendanz, den diesjährigen Tag des Ehrenamtes 2011 im Staatstheater im Dezember durchführen zu dürfen. Besonders hebt sie die eigenen Projekte der FWA „Marktplatz gute Geschäfte“, der „Lesefuchs“ mit derzeit 31 Vorleserinnen und Vorlesern sowie das Projekt „Seniortrainer“ als Modellprojekt des Bundes mit derzeit 18 Ehrenamtlichen hervor. Weitere Informationen zu den Projekten können unter www.freiwilligenagentur-cottbus.de abgerufen werden.

Problematisch schätzt sie die Finanzierung der Personalstelle der Leiterin der FWA für das kommende Jahr ein. Das Leistungsspektrum soll auch zukünftig erhalten werden. In den letzten beiden Jahren konnte die Stelle dank der Unterstützung durch die Stadtverwaltung und die GWC gesichert werden. Die Stadt hat die Finanzierung der ½ Personalstelle auch für das Jahr 2012 zugesagt. Durch den noch fehlenden Anteil könnten die Projekte der FWA jedoch nicht mehr, oder nur im geringen Maße fortgeführt werden.

Nachfragen gibt es seitens von **Herrn Weisflog** zur Zusammenarbeit zwischen FWA und der BTU.

Frau Meyer: Konkrete statistische Zahlen, die BTU betreffend liegen nicht vor. 1.200 Kontakte pro Jahr gehen bei der FWA ein. Dies betreffen Anfragen von Bürgern und Hilfesuchenden. Großer Zulauf ist bei jungen Menschen/Schülern zu verzeichnen – hier organisiert die FWA sog. Freiwilligentage für Gruppen. Ca. 2000 Kontakte werden mit Partnern und Institutionen geführt. Speziell zur Zusammenarbeit mit der BTU äußert Frau Meyer, dass die FWA als Ansprechpartner für Neuankömmlinge der BTU agiert; des Weiteren ist sie Gast bei Lehrveranstaltungen der BTU.

Die Nachfrage, den fehlenden Personalkostenanteil durch freigesetzte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket einzusetzen, vereint **Herr Weiße**. Hier sind haushaltsrechtliche Grenzen gesetzt. Die Stadt kann die Diskussionen dazu nicht führen. Der Ansatz wird in der Haushaltsplanung 2012 zur Entscheidung durch die StVV vorgeschlagen.

Festlegung:

Frau Richter legt fest, dass die Diskussion zur Sicherstellung der Finanzierung des Personalkostenanteils für die FWA im Rahmen der Haushaltsdebatten in den Fraktionen zu führen ist.

3. Beschlussvorlagen

3.1 Vorlage III-014/11

Schulbezirkssatzung Grundschulen

Abst.: 10:0:0

Herr Weiße nimmt Bezug auf den Beschluss aus dem Jahr 2010 zur Bauhausschule.

Das Schulbezirksrecht regelt, dass jedes Kind einer Schule zugeordnet wird.

Aufgrund des Aufwuchses der Schülerzahlen im Stadtteil Mitte ist eine Überarbeitung der Schulbezirkssatzung notwendig. Insbesondere die gestiegenen Anmeldezahlen an der Erich-Kästner-Grundschule, aufgrund der Profilierung und des Angebotes der Schule, verdeutlichen dies. Die maximale Aufnahmekapazität an dieser Schule beträgt 52 Schüler. Die Prognose weist künftig auf bis zu 75 Schüler hin. Deshalb muss die C.-Kolumbus-Grundschule ab dem Schuljahr 2012/13 auf die Reservekapazität von einem Zug zurückgreifen. Dieses hat eine Veränderung der Zuordnung der Straßen (Schuleinzugsbereiche) beider Grundschulen zur Folge. Der Schulweg zur C.-Kolumbus-Grundschule verändert sich für die Mehrzahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler jedoch nur geringfügig.

3.2 Vorlage III-17/11

Bildungs- und Teilhabepaket – zusätzliche Schulsozialarbeit

Abst.: 8:0:2

Herr Weiße stellt die Vorlage vor. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes stehen bis Ende 2013 700 T€ für die zusätzliche Schulsozialarbeit (nach Abzug der voraussichtlichen Kosten für die Mittagsversorgung in Horten) jährlich zur Verfügung. Der Jugendhilfeausschuss hat im Juni den Beschluss gefasst, die zusätzliche Schulsozialarbeit in Form von Projekten durch Träger der freien Jugendhilfe zu erbringen. Zur Umsetzung wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Von den 23 Angeboten der Träger wurden 9 Angebote durch eine durch den Jugendhilfeausschuss eingesetzte Kommission ausgewählt und vorgeschlagen. Diese Projekte sollen durch freie Träger sozialraumübergreifend für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt umgesetzt und durch einen Koordinator im Fachbereich 51 fachlich-inhaltlich gesteuert und finanztechnisch koordiniert werden. Die Projekte sollen zum 01.11.2011 starten.

Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder gibt es hinsichtlich der Zuordnung des Personals an Schulen, zur Sicherung des Projektbeginns 01.11.11 und zur Nachhaltigkeit nach Beendigung der Projekte.

Das Personal wird dem Projektträger oder einer Schule zugeordnet. Die Begleitung der Träger und die Koordinierung der Ausreichung der Mittel übernehmen bis zur Einrichtung der Stelle des Koordinators (Zuordnung zum Team der Schulsozialarbeiter im FB 51) die Mitarbeiter des FB 51. Eine Nachhaltigkeit ist aufgrund der begrenzten Projektlaufzeit bis Ende 2013 nur auf ihre Wirkung hin bezogen. Zielstellung ist es, eine Projektvielfalt in den Schulen vorzuhalten.

Festlegung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung Januar oder Februar eine erste Einschätzung zum Stand der Entwicklung der Projektarbeit zu geben.

4. Informationen, Anfragen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

Herr Schulze bittet die Verwaltung, in der Ausschusssitzung Januar oder Februar um eine Information zur Entwicklung der Integration am Grundschulzentrum nach Schließung der Sprachheilschule.

Festlegung:

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu und bittet die Verwaltung um Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt.

Es ist zu prüfen, ob die Sitzung im Grundschulzentrum stattfinden kann.

5. Sonstiges

Keine Anmerkungen

Der öffentliche Teil endet um 19:30 Uhr.

Schuppan

Protokollführung